

Stand: 03.04.2026 00:11:42

Vorgangsmappe für die Drucksache 19/8886

"Zukunft statt wirtschaftlichem Niedergang - Politisches ökosozialistisches Ziel der Klimaneutralität endgültig beerdigen"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 19/8886 vom 13.11.2025
2. Plenarprotokoll Nr. 63 vom 13.11.2025
3. Beschlussempfehlung mit Bericht 19/10037 des UV vom 29.01.2026
4. Plenarprotokoll Nr. 71 vom 11.03.2026



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier, Martin Böhm, Richard Graupner, Johannes Meier, Markus Walbrunn, Gerd Mannes, Harald Meußgeier, Christin Gmelch** und **Fraktion (AfD)**

Zukunft statt wirtschaftlichem Niedergang – Politisches ökosozialistisches Ziel der Klimaneutralität endgültig beerdigen

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, eine Gesetzesinitiative in den Landtag einzubringen mit dem Ziel, das Bayerische Klimaschutzgesetz und damit verbunden das Ziel der „Klimaneutralität bis 2040“ sowie sämtliche daraus abgeleitete Gesetze und Verordnungen ersatzlos abzuschaffen.

Die Staatsregierung wird zudem aufgefordert, sich auf Bundesebene für die Abschaffung des Bundes-Klimaschutzgesetzes, des darin festgelegten Zieles der „Klimaneutralität bis 2045“ sowie sämtlicher daraus abgeleiteter Gesetze und Verordnungen einzusetzen.

Begründung:

Die Weltklimakonferenz in Brasilien hat gezeigt, dass Deutschland mit seiner Klimapolitik einen gefährlichen Alleingang beschreitet. Während sich wichtige Industrienationen wie die USA, China oder Indien längst von den Fesseln grüner Ideologie befreit haben, führen Bundes- und Staatsregierung ihren Kurs der planwirtschaftlichen Transformation unbeirrt fort. Aus dem vermeintlichen „Wachstumsmotor Energiewende“ ist in der Folge ein staatliches Deindustrialisierungsprogramm geworden: Die ausländischen Direktinvestitionen in die deutsche Wirtschaft sind von 150 Mrd. Euro im Jahr 2021 auf 43 Mrd. Euro im Jahr 2024 zurückgegangen. Auch heimische Unternehmen müssen ihr Kapital zunehmend ins Ausland verlagern, weil die Standortbedingungen in Deutschland für die meisten Industriezweige nicht mehr wettbewerbsfähig sind. Insbesondere die Zugpferde der deutschen Wertschöpfung, namentlich Automobilindustrie, Maschinenbau sowie (energieintensive) chemische Industrie, verlassen fluchtartig das Land. Die Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt und damit auf die soziale Stabilität unserer Heimat sind längst verheerend: Innerhalb eines Jahres wurde als direkte Folge der anhaltenden Rezession der Abbau von über 140 000 Arbeitsplätzen angekündigt. Für 2026 rechnet jedes dritte Unternehmen in Deutschland mit einem weiteren Stellenabbau. Wesentliche Ursachen für diese Entwicklung sind die hohen Energiepreise sowie politisch herbeigeführte, kostenintensive Bürokratie. Die Gesamtkosten der deutschen Energiewende werden auf über 13 Bio. Euro geschätzt. Nachdem die politischen Vorgaben von CO₂-Minderungszielen auf Bundes- und Landesebene mit den jeweiligen Klimaschutzgesetzen begründet werden, ist die Abschaffung dieser wohlstandsvernichtenden Instrumente dringend angezeigt. Das Bundes-Klimaschutzgesetz, das Bayerische Klimaschutzgesetz sowie alle daraus abgeleiteten Gesetze und Verordnungen sind daher ersatzlos abzuschaffen.

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher:

Es ist jetzt 17:58 Uhr. Es wird schnell für uns alle ersichtlich, dass wir die restlichen Dringlichkeitsanträge nicht mehr behandeln können. Deshalb werden die Dringlichkeitsanträge auf den Drucksachen 19/8829, 19/8830, 19/8886, 19/8887 und 19/8831 sowie die Dringlichkeitsanträge auf den Drucksachen 19/8832 mit 19/8834 und 19/8888 im Anschluss an die heutige Sitzung in den jeweils zuständigen federführenden Ausschuss verwiesen.

Ich danke Ihnen für die konzentrierten Beratungen. Die Sitzung ist geschlossen.

(Schluss: 17:58 Uhr)



Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

**Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier,
Martin Böhm u.a. und Fraktion (AfD)**
Drs. 19/8886

**Zukunft statt wirtschaftlichem Niedergang - Politisches ökosozialistisches Ziel
der Klimaneutralität endgültig beerdigen**

I. Beschlussempfehlung:

Ablehnung

Berichterstatter: **Gerd Mannes**
Mitberichterstatterin: **Dr. Andrea Behr**

II. Bericht:

1. Der Dringlichkeitsantrag wurde dem Ausschuss für Umwelt und Verbraucherschutz federführend zugewiesen. Weitere Ausschüsse haben sich mit dem Dringlichkeitsantrag nicht befasst.
2. Der federführende Ausschuss hat den Dringlichkeitsantrag in seiner 33. Sitzung am 29. Januar 2026 beraten und mit folgendem Stimmresultat:
 - CSU: Ablehnung
 - FREIE WÄHLER: Ablehnung
 - AfD: Zustimmung
 - B90/GRÜ: Ablehnung
 - SPD: AblehnungAblehnung empfohlen.

Alexander Flierl
Vorsitzender

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Präsidentin Ilse Aigner

Präsidentin Ilse Aigner: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 2** auf:

Abstimmung

über eine Verfassungsstreitigkeit, eine Europaangelegenheit und Anträge, die gem. § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage 1)

Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die endgültige Abstimmliste.

(Siehe Anlage 1)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. des jeweiligen Abstimmungsverhaltens seiner Fraktion entsprechend der endgültigen Abstimmliste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist das komplette Hohe Haus. Gibt es Gegenstimmen? – Das sehe ich nicht. Enthaltungen? – Das sehe ich auch nicht. Damit übernimmt der Landtag diese Voten.

Im Hinblick auf die Tagesordnungspunkte 3 und 4 – Wahl eines Vizepräsidenten bzw. Wahl eines Schriftführers des Bayerischen Landtags – hat die AfD-Fraktion eine Begründung der Wahlvorschläge sowie eine gemeinsame Aussprache beantragt. Hierüber soll auf Antrag der AfD-Fraktion nach § 42 Absatz 2 Satz 2 unserer Geschäftsordnung eine Entscheidung herbeigeführt werden. Ich lasse daher über diesen Antrag abstimmen.

Wer dem Antrag der AfD-Fraktion auf Begründung und gemeinsame Aussprache zu den Wahlvorschlägen eines Vizepräsidenten und eines Schriftführers im Hinblick auf die Tagesordnungspunkte 3 und 4 zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die AfD-Fraktion. Gegenstimmen! – Das sind die Fraktionen der CSU, der FREIEN WÄHLER, der SPD und von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen? – Keine. Damit ist dieser Antrag abgelehnt.

Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über eine Verfassungsstreitigkeit, eine Europaangelegenheit und die nicht einzeln zu beratenden Anträge zugrunde gelegt wurden (Tagesordnungspunkt 2)

Es bedeuten:

- (E) einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses
 (G) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen
 (ENTH) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen oder Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss
 (A) Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss
 (Z) Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

Verfassungsstreitigkeit

1. Schreiben des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs vom 20. Januar 2026 (Vf. 1-VII-26) betreffend
 Antrag auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit der Art. 2 Abs. 2 Satz 2, Art. 5 Abs. 1 und 2, Art. 6 Abs. 1, Art. 9 Abs. 5 Satz 2 des Bayerischen Ladenschlussgesetzes (BayLadSchlG) vom 25. Juli 2025 (GVBl. S. 246, BayRS 8050-20-A)

PII-3001-2-44-1
 Drs. 19/9986 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
 Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

- I. Der Landtag beteiligt sich an dem Verfahren
 II. Die Klage ist unzulässig, jedenfalls aber unbegründet.
 III. Zum Vertreter des Landtags wird der Abgeordnete Dr. Alexander Dietrich bestellt.

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

Europaangelegenheit

2. Konsultationsverfahren der Europäischen Union

Bank- und Finanzdienstleistungen
 Reform der europäischen Risikokapital- und Wachstumskapitalfonds
 15.01.2026 - 12.03.2026
 Drs. 19/9801, 19/10728

Votum des endberatenden Ausschusses für Bundes- und
 Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

Der Bayerische Landtag gibt im Konsultationsverfahren die auf
 Drs. 19/10728 veröffentlichte Stellungnahme ab.

Der Beschluss des Bayerischen Landtags wird unmittelbar an die
 Europäische Kommission, das Europäische Parlament, den Ausschuss
 der Regionen und den Deutschen Bundestag übermittelt.

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

Anträge

3. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher,
 Ursula Sowa u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
 Modernisierung und Entbürokratisierung durch Einführung eines
 landesweiten nachhaltigen Modellrechts „Schnelles Bauen“
 Drs. 19/8583, 19/10059 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
 Wohnen, Bau und Verkehr

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

4. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Martin Stümpfig u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Bayern 2040 – Klimaneutral leben. Einfach machen.
Drs. 19/8830, 19/10019 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

5. Antrag der Abgeordneten Harald Meußgeier, Gerd Mannes, Christin Gmelch und Fraktion (AfD)
Gefährdung des Vogelschutzes durch Windkraftanlagen in Bayern
Drs. 19/8884, 19/10018 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

6. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier, Martin Böhm u.a. und Fraktion (AfD)
Zukunft statt wirtschaftlichem Niedergang – Politisches ökosozialistisches Ziel der Klimaneutralität endgültig beerdigen
Drs. 19/8886, 19/10037 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

7. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Holger Grießhammer, Anna Rasehorn, Volkmar Halbleib u.a. und Fraktion (SPD)
Bayern kann es schaffen – am Klimaziel 2040 festhalten
Drs. 19/8887, 19/10017 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

8. Antrag der Abgeordneten Ruth Müller, Holger Gießhammer, Volkmar Halbleib u.a. SPD
Rettung des Schlachthofs Landshut – regionale Wertschöpfung, Tierschutz und Arbeitsplätze sichern
Drs. 19/8910, 19/10016 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

9. Antrag der Abgeordneten Florian Streibl, Felix Locke, Julian Preidl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER), Thomas Huber, Prof. Dr. Winfried Bausback, Martina Gießübel u.a. CSU
Verdoppelung der Förderzeiträume für die Jugendarbeit
Drs. 19/8959, 19/10011 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

10. Antrag der Abgeordneten Gerd Mannes, Harald Meußgeier, Ralf Stadler und Fraktion (AfD)
Schlachthöfe als Teil der Daseinsvorsorge in Bayern erhalten:
Jetzt tragfähige Zukunftskonzepte auf den Weg bringen
Drs. 19/8993, 19/10015 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

11. Antrag der Abgeordneten Gerd Mannes, Christin Gmelch, Harald Meußgeier und Fraktion (AfD)
Auswirkungen des Schlachthofsterbens in Bayern auf das Tierwohl
Drs. 19/9036, 19/10014 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

12. Antrag der Abgeordneten Gerd Mannes, Harald Meußgeier, Christin Gmelch und Fraktion (AfD)
Anhörung zu Auswirkungen von Schlachthofschließungen auf das Tierwohl
Drs. 19/9037, 19/10013 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

13. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Patrick Friedl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Naturschutz 2.0: Gutachten raus aus dem Archiv – rein in die Zukunft
Drs. 19/9051, 19/10012 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

14. Antrag der Abgeordneten Jürgen Baumgärtner, Kerstin Schreyer, Martin Wagle u.a. CSU, Florian Streibl, Felix Locke, Tobias Beck u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Anhörung zum autonomen Fahren
Drs. 19/9691, 19/10057 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Wohnen, Bau und Verkehr

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>